

GR7, 28.07.2023, Nr 173

LESERBRIEF

Natur schützen statt zurechsstutzen

**Dr. Peter Josef Reuters schreibt
zum Beitrag „Baugebiet Marienhöhe: CDU verteidigt Entscheidung“
(Ausgabe vom 25. Juli):**

Lese ich, was Herr Gudduschat über die Leiden der Natur, wenn Baugebiete erschlossen werden, zum Besten gibt, speziell im Falle des Neubaugebiets Mariental, fällt mir spontan Willy Millowitschs Karnevalslied ein: „Wir sind alle kleine Sünderlein. 'S war immer so, 's war immer so....“ Wäre die Sache nicht so ernst, würde man schmunzelnd über diesen altbackenen Erguss hinweg sehen. Aber leider fällt der Stadt nichts Klügeres ein, als die Grenzen der Bebauung immer weiter in die Natur vorzutreiben, weil die Zahl der Bauwilligen ja so groß sei: Dieses Argument hört man seit Jahrzehnten, natürlich möchten viele gerne ihr Haus im Grünen verwirklichen, aber lehrt uns die geschundene Natur nicht eindringlich, dieses „immer so“ zu überdenken, mal abgesehen von den aktuellen exorbitanten Baupreisen? Die Stadt schafft es ja noch nicht einmal, der Verschotterung der sogenannten Vorgärten Einhaltung



Umstritten: Das Baugebiet Marienhöhe in Übach-Palenberg.

FOTO: BENJAMIN WIRTZ

zu gebieten (siehe Beyelsfeld I). Warum wurden PV-Anlagen auf Neubauten nicht verpflichtend vorgeschrieben? Warum gibt es so gut wie keine Bäume in den neugeschaffenen öffentlichen Räumen? Die Antwort liegt auf der Hand: Die Natur ist und bleibt ein Kostenfaktor, sie muss rechteckig eingezäunt, zurechtgestutzt und zweckoptimiert werden. Alles, was mit Arterhaltung, Umwelt- und Klimaschutz zusammenhängt, bleibt dabei auf der Strecke. Da helfen auch keine aufwendigen ökologischen Gutachten.

Vor diesem Hintergrund werde ich die Aussage Herrn Gudduschats als blanken Zynismus, denn wenn die Natur leidet, und das tut sie offensichtlich, leidet auch (bald) der Mensch.

Auch das Argument des steigenden Steueraufkommens durch Neubaugebiete überzeugt nicht: Den Nachweis einer wachsenden Prosperität oder sinkenden Schuldenlast infolge dieser konventionellen Stadtentwicklungspolitik möge man erst mal erbringen. Der direkte Nutznießer ist allein der Bürgermeister, dessen Salär an die Einwohnerzahl gekoppelt ist.